



---

Kantonsrat

Sitzung vom: 29. Juni 2015, nachmittags

Protokoll-Nr. 285

Nr. 285

Anfrage Dettling Trix und Mit. über das Burnout-Risiko bei Lehrpersonen  
(A 596). Schriftliche Beantwortung

Die schriftliche Antwort des Regierungsrates auf die am 3. November 2014 eröffnete Anfrage von Trix Dettling, übernommen von Andy Schneider, über das Burnout-Risiko bei Lehrpersonen lautet wie folgt:

"Die in der Anfrage erwähnte Studie ist Teil der Nationalfondsstudie zu Ressourcen und Belastungen von Schweizer Lehrpersonen. Die Erhebung erfolgte zusammen mit der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durchgeführten Erhebung zur Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Es wurden deshalb nur diejenigen Lehrpersonen befragt, deren Klassen an der entsprechenden Studie teilgenommen haben. Die Stichprobe umfasst deshalb auch nur Lehrpersonen der fünften bzw. neunten Klassen der Volksschulen, insgesamt 585 Personen. Aufgrund der relativ kleinen Stichprobe können keine Aussagen für einzelne Kantone gemacht werden.

Bei den Lehrpersonen wurde das Ausmass der arbeitsbedingten Belastungen und Beanspruchungsfolgen gefragt. Die wichtigsten Ergebnisse lauten wie folgt:

- 13 Prozent der befragten Lehrpersonen zeigen mittelfristige Beanspruchungsfolgen wie kognitive Leistungseinschränkungen, häufige Kopf-, Nacken- und Rückenschmerzen sowie verminderte Immunkompetenz. Diese Symptome führen zu einem Gefühl der Arbeitsüberforderung und damit zu Arbeitsunzufriedenheit.
- 35 Prozent der Lehrpersonen weisen depressive Beschwerden zwischen einmal wöchentlich und einmal monatlich auf. Frauen haben höhere Burnout-Werte als Männer.
- Lehrpersonen mit einem Teilpensum von 21-25 Lektionen haben die höchsten Werte bezüglich Arbeitsüberforderung, Arbeitsunzufriedenheit und depressiven Beschwerden.
- Demgegenüber kann festgestellt werden, dass Lehrpersonen mit einer ausgewogenen Lebens- und Arbeitsweise weniger häufig die genannten Symptome zeigen. Zudem konnte auch festgestellt werden, dass 87,2 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer angeben, dass ihr Beruf ihnen Freude bereitet.

Die Wertung dieser Ergebnisse zeigt, dass die Lehrpersonen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ein leicht erhöhtes Risiko haben, an Burnout zu erkranken. Allerdings ist dieses Risiko in etwa gleich hoch wie bei anderen "helfenden" Berufsgruppen mit vielen sozialen Kontakten. Im Vergleich zu früher ist das Risiko etwas höher, was aber gemäss Aussagen anderer Studien auch auf andere Berufe zutrifft. Die Befunde dieser Studie sind nicht absolut neu bzw. überraschend. Deshalb haben wir im Kanton Luzern in den letzten Jahren bereits verschiedene Massnahmen ergriffen, wie wir in den folgenden Antworten auch aufzeigen. Ob weitere Massnahmen notwendig sind, ist aus dieser Studie nicht ableitbar, da die Ergebnisse nicht auf einzelne Kantone bezogen werden können. Wir werden aber die Entwicklung im Auge behalten und bei Bedarf weitere Arbeiten auslösen.

Die einzelnen Fragen können wir wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Gibt es Erhebungen jüngerer Datums zur Befindlichkeit der Lehrpersonen im Kanton Luzern? Wenn ja, was sagen diese zur oben erwähnten Thematik aus? Wenn nein, interessiert sich die Regierung für die Befindlichkeit der Luzerner Lehrpersonen aller Stufen, und gedenkt sie eine entsprechende Erhebung durchzuführen?

Gesunde, motivierte und kompetente Lehrpersonen sind eine zentrale Voraussetzung für gute Schulen und wirksamen Unterricht und somit von grösstem Interesse für die Bildungspolitik und -verwaltung. Eine spezifische, flächendeckende, kantonale Erhebung zur Befindlichkeit der Lehrpersonen in den Volksschulen wurde in den letzten Jahren nicht durchgeführt. Hingegen wird im Rahmen der externen Schulevaluation in den Volksschulen jeweils auch die Zufriedenheit der Lehrpersonen erhoben. Die Ergebnisse zeigen über all die Jahre hinweg konstant hohe Werte. Auf einer 7-stufigen Skala bezeichnen die Lehrpersonen beispielsweise ihr Wohlbefinden an der Schule (5.5 bis 5.6), ihre Berufszufriedenheit (5.4 bis 5.6) und ihre Unterrichtsfreude (5.8 bis 5.9) als gut bis sehr gut. Das Verhältnis zwischen beruflicher Belastung und Befriedigung (4.8 bis 4.9) wird von den Lehrpersonen vergleichsweise tiefer eingeschätzt, liegt aber nur knapp unter der Marke gut.

Zudem sind die Ergebnisse aus den Studien des Schweizerischen Lehrpersonenverbands LCH zur Berufszufriedenheit der Lehrpersonen in den Volksschulen, welche 2006 und 2014 durchgeführt wurden, auch auf unseren Kanton übertragbar und bestätigen die Ergebnisse der externen Evaluation. So besteht gute Zufriedenheit in Bezug auf das Kerngeschäft Unterricht bzw. Klasse, das Kollegium und die Eltern sowie auf die Möglichkeiten, sein Pensum und die Unterrichtsstufe zu wählen. Mittlere Zufriedenheit besteht in Bezug auf die Bereiche Schulleitung und Schulbehörde, Support durch spezialisierte Dienste und Weiterbildungen. Klar unzufrieden sind die Lehrpersonen in Bezug auf ihren Arbeitsplatz, die Balance zwischen Arbeit und Freizeit, das Ansehen in der Öffentlichkeit, den Lohn und die Lohnentwicklung und betreffend schulische Reformen.

Wir gehen davon aus, dass eine entsprechende kantonale Erhebung zur Befindlichkeit der Lehrpersonen keine wesentlichen neuen Erkenntnisse bringen würde. Die allgemeine Mitarbeitendenbefragung des Bildungs- und Kulturdepartements an den kantonalen Schulen im Jahr 2011 hat diesbezüglich denn auch keine Auffälligkeiten gezeigt. Die nächste kantonale Befragung ist per Ende 2015 geplant.

Die Hochschulen führen regelmässig Mitarbeitendenbefragungen durch, bei denen auch die Frage nach der Belastung durch die Arbeit und der persönlichen Befindlichkeit gestellt werden. Darin zeigt sich, dass die Arbeitsbelastung teilweise als hoch empfunden wird, die Mitarbeitenden sich aber insgesamt nicht überfordert fühlen.

Wir erachten es als sinnvoll, Schulleitungen und Lehrpersonen sowohl auf der strukturellen wie individuellen Ebene zu stärken, um Burnout-Erkrankungen möglichst zu verhindern. Die Unterstützungsmassnahmen seitens der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) sind umfangreich und gut aufeinander abgestimmt. Besonders hervorzuheben sind die im Rahmen des Projekts "Arbeitsplatz Schule" umgesetzten strukturellen Verbesserungen, wie die Einführung der Schulsozialarbeit auch im Kindergarten und in der Primarschule sowie die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung für Klassenlehrpersonen. Mit dem freiwilligen Projekt "Betriebliche Gesundheitsförderung" wurden zudem interessierte Schulen während zweieinhalb Jahren darin unterstützt, Ressourcen zu stärken und Belastungen abzubauen.

Zu Frage 2: Wie entwickelten sich die Zahlen der krankheitsbedingten Ausfälle (insbesondere Langzeitausfälle) aufgrund von Überforderung und Burnouts während der letzten zehn Jahre (Lehrpersonen aller Stufen)?

- Gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Stufen?
- Gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern?
- Spielt der Umfang des Pensums eine Rolle?
- Gibt es regionale Unterschiede?

Der Kanton Luzern verfügt nicht über eine flächendeckende Erhebung und Auswertung der Absenzen. Verantwortlich für die Erfassung der krankheits- und unfallbedingten Abwesenheiten sind im Schulbereich die einzelnen kantonalen resp. kommunalen Schulen. Deren Absenzdaten werden nicht zentral gesammelt oder ausgewertet. Aber auch in den Verwaltungseinheiten, für welche Absenzdaten vorliegen, sind lediglich die Absenzgründe wie Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Dienstleistung usw. hinterlegt. Die Ursachen für gesundheitlich bedingte Abwesenheiten dürfen Arbeitgeberseits nicht erfasst werden, Diagnosen dürfen aufgrund des Arztgeheimnisses nicht an den Arbeitgeber weitergegeben werden. Statistische Aussagen zur Häufigkeit und Verteilung von bestimmten Krankheiten können deshalb nicht gemacht werden.

Zu Frage 3: Wie entwickelten sich die Fallzahlen der Fachstelle Schulberatung/Case Management während der letzten Jahre? Stehen hier genügend Ressourcen zur Verfügung?

Die Schulberatung ist eine Abteilung der Dienststelle Volksschulbildung und berät Lehrpersonen der Volksschulen bei persönlichen und pädagogischen Problemen, interveniert bei Krisen und Konflikten, unterstützt Schulleitungen bei Fragestellungen der Schul- und Personalführung, leistet notfallpsychologische Hilfe bei unerwarteten Krisensituationen und unterstützt seit vier Jahren Volksschul-Lehrpersonen mit einem Case Management bei längerer Erkrankung. In den letzten Jahren haben die Einzelberatungen von Lehrpersonen der Volksschulen kontinuierlich zugenommen.

Waren es im Jahr 2011 205 Lehrpersonen, so waren es 2012 221 Lehrpersonen, 2013 231 Lehrpersonen und im Jahr 2014 deren 277. Seit Bestehen des Case Managements im Jahr 2010 haben sich diese Fallzahlen wie folgt entwickelt: 2010/11 11 Lehrpersonen, 2011/12 9 Lehrpersonen, 2012/13 6 Lehrpersonen und 2013/14 14 Lehrpersonen.

Für das Case Management stehen rund 40 Stellenprozente zur Verfügung. Mit diesen Ressourcen kann der Beratungsbedarf knapp gedeckt werden.

Für die kantonalen Lehrpersonen werden die Aufgaben des Case Management von der Dienststelle Personal wahrgenommen. Sie entscheidet in Absprache mit der Linie, ob und wann ein Case Management eingesetzt wird. Dieses steht seit 2010 flächendeckend für die gesamte Verwaltung (inklusive kantonale Schulen) zur Verfügung. Der Kanton hat mit verschiedenen Anbietern Rahmenverträge abgeschlossen, auf deren Grundlage die einzelnen Begleitungen als Einzelaufträge durch die Dienststelle Personal vergeben werden.

Seit der Einführung 2010 wurden gut 200 Case Management-Aufträge vergeben. Davon betrafen 18% Lehrpersonen (36), was im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft der Kantonsverwaltung unterdurchschnittlich ist. Immerhin machen die kantonalen Lehrpersonen im Gesamten rund ein Drittel der Kantonsangestellten aus.

Zu Frage 4: Welche zusätzlichen Personalkosten entstanden für Kanton und Gemeinden aufgrund dieser Ausfälle? Inwieweit sind diese Kosten durch Krankentaggeldversicherungen gedeckt?

Aufgrund der fehlenden Absenzdaten sind keine Aussagen zu den Lohnfortzahlungskosten möglich. Auf eine Krankentaggeldversicherung für die Kantonsverwaltung wurde aus finanziellen Überlegungen bisher verzichtet. Hingegen verfügen die Mehrzahl der Gemeinden und verschiedene andere Arbeitgeber des öffentlichen Rechts über Krankentaggeldversicherungen.

Zu Frage 5: Wie ist die Situation in Bezug auf die Verfügbarkeit von kurz- oder längerfristigen Stellvertretungen?

Um krankheitsbedingte Ausfälle von Lehrpersonen zu kompensieren, sind Schulleitungen auf kurzfristig verfügbare Stellvertretungen angewiesen. Die Organisation ist oft zeitraubend und kann nicht immer zufriedenstellend gelöst werden. Um die Belastung im Kollegium bei Krankheit von Lehrpersonen klein zu halten und um Unterrichtsausfall zu verringern, sollen Schulleitungen in Zukunft strukturell unterstützt werden, einfacher Stellvertretungen organisieren zu können.

Zu Frage 6: Davon ausgehend, dass die Situation im Kanton Luzern der schweizweiten entspricht:

- a. Was gedenkt die Regierung zur Verbesserung der Lage zu tun?
- b. Welche Massnahmen könnten die herrschende Situation entschärfen?
- c. Welche Massnahmen würden sich präventiv auswirken?

Die zuständigen Stellen haben sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und festgestellt, dass sehr viele als wirksam bekannte Angebote bestehen und beibehalten werden sollen. Besonders erwähnenswert ist die Überprüfung und Optimierung des Berufseinstiegs und der Stressmanagementangebote für Einzelne und Gruppen von Lehrpersonen.

Das Zentrum Gesundheitsförderung der PH Luzern hat sich vor Jahren auf das Thema Burnout an Schulen spezialisiert, ist in verschiedenen Netzwerken und Projekten mit Fokus auf Lehrpersonengesundheit engagiert und begleitet und berät die Schulen in Bezug auf ihre Aktivitäten in der Lehrpersonengesundheit.

Für kantonale wie kommunale Lehrpersonen wurde in den vergangenen Jahren mit dem Case Management ein gutes und wirksames Angebot aufgebaut. Ziel ist bei gesundheitlich bedingten Problemsituationen die frühzeitige und professionelle Unterstützung der Betroffenen, die Reduktion von Arbeitsausfällen und somit der Lohnfortzahlungskosten. Dabei zeigt sich, dass gerade bei Burnout-Prozessen oft kurzfristig reagiert werden muss, um die notwendige professionelle Unterstützung bieten zu können.

In der Ausbildung werden an der Pädagogischen Hochschule Luzern die angehenden Lehrpersonen bereits für die Thematik einer ausgewogenen Lebens- und Arbeitsweise sensibilisiert. In Themenwochen und z.B. in verschiedenen Modulen werden die Auseinandersetzung zum Umgang mit Belastung, das Gesundbleiben im Lehrberuf und das persönliche Stressmanagement thematisiert. Die Weiterbildungsangebote der PH Luzern thematisieren ebenfalls das Burnout sowie die Gesundheit von Lehrpersonen. In der Schulleiteraus- und Fortbildung ist dieses Thema zentral.

Trotz all dieser präventiven Massnahmen muss aber auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Burnout-Erkrankungen nicht völlig verhindert werden können."

Andy Schneider erklärt, die Antwort des Regierungsrates sei zwar umfassend, falle aber nicht in jeder Hinsicht befriedigend aus. Es möge einleuchten, dass die Gründe für gesundheitliche Absenzen dem Datenschutz unterlägen. Es sei aber merkwürdig, dass keine kantonale Statistik über Langzeitausfälle geführt werde. Die durch Langzeitausfälle entstehenden Kosten seien beträchtlich. Angesichts der finanziellen Situation des Kantons sei es umso erstaunlicher, dass keine Statistik existiere. Eine umfassende, flächendeckende Erhebung wäre deshalb angezeigt. Die Belastung, um einen Ausfall zu kompensieren, sei für die Schulleitung und den Lehrkörper enorm. Die Regierung schreibe entsprechend, dass solche Situationen zeitraubend seien und nicht immer zufriedenstellend gelöst werden könnten. Die Schulleitungen sollten zukünftig strukturell unterstützt werden. Welche Massnahmen seien dazu vorgesehen? Der Trend zeige nach oben, wie es die zunehmenden Case Management-Fälle zeigten. Eine Bagatellisierung sei hier fehl am Platz und zeuge von mangelnder Sensibilität. Man müsste sich vertieft um die zahlreichen Burnout-Fälle kümmern. In der regierungsrätlichen Antwort heisse es weiter, die Lehrpersonen seien in Bezug auf ihren Arbeitsplatz, die Balance zwischen Arbeit und Freizeit, das Ansehen in der Öffentlichkeit, den Lohn und die Lohnentwicklung sowie die schulischen Reformen unzufrieden. Mit dem Projekt "Arbeitsplatz Schule" habe die Regierung diese Probleme lösen wollen. Das Projekt sei aber nur teilweise

umgesetzt worden, da es aus finanziellen Überlegungen durch den Rat sistiert worden sei. Die Ursache für Burnout-Erkrankungen könne in Zusammenhang mit den fehlenden stabilen Rahmenbedingungen gestellt werden. Viele Lehrer seien erschöpft und überfordert, der Druck sei gestiegen. Die Politik und die Gesellschaft müssten die Leistungen der Lehrpersonen stärker anerkennen. Man solle entsprechend Sorge tragen zu den Lehrpersonen, das könnte sich auch aus finanzieller Sicht lohnen.

Christina Reusser sagt, sie beschäftige die Rolle der Parlaments in dieser Sache. Es sei bekannt, dass Wertschätzung eine sehr wichtige Burnout-Prophylaxe darstelle. Wie könne das Parlament zu dieser Wertschätzung beitragen? In den letzten Jahren hätte der Rat viele Streichungen vornehmen müssen. Die Arbeitsplatzbedingungen seien dadurch schlechter geworden. So seien Weiterbildungen gekürzt, die Mindestklassengrößen in Kindergarten und Primarschulen erhöht und die Lehrerberatungen das Dienstaltersgeschenk gekürzt worden. Es sei Aufgabe des Parlaments die entsprechende Wertschätzung zu zeigen.

Im Namen des Regierungsrates erwähnt Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss, dass die zitierte Studie nicht geeignet sei, um daraus Schlüsse für die Lehrpersonen im Kanton Luzern zu ziehen. Von einer Bagatellisierung könne nicht die Rede sein, die Regierung nehme das Thema sehr ernst. Man versuche die Situation auf allen Stufen zu verbessern, aber man sei noch nicht am Ziel angelangt. Die Volksschullehrpersonen seien über die Gemeinden angestellt, deshalb sei es schwierig, diesbezüglich eine Erfassung vorzunehmen. Bei den kantonalen Angestellten hingegen seien die Krankheitsfälle bekannt, aber aus Sicht des Datenschutzes sei es nicht möglich, über die Gründe der Erkrankung Buch zu führen. Man nehme das Problem ernst und führe mit den Vertretungen der Lehrerverbände regelmässig Gespräche. In allen Berufsgattungen seien aber die Anforderungen gestiegen und auch die damit verbundenen teilweise negativen Auswirkungen.

Andy Schneider ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden.